Stand: 13.11.2026 12:32:53

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/29570

"Bayern unterstützt die Nationale Sicherheitsstrategie"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/29570 vom 22.06.2023
2. Beschluss des Plenums 18/29576 vom 22.06.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 148 vom 22.06.2023

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 22.06.2023 **Drucksache** 18/**29570**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Margit Wild, Ruth Waldmann, Diana Stachowitz, Stefan Schuster, Florian Ritter, Doris Rauscher, Natascha Kohnen, Annette Karl, Alexandra Hiersemann, Volkmar Halbleib, Harald Güller, Christian Flisek, Martina Fehlner, Inge Aures, Horst Arnold, Klaus Adelt** und **Fraktion (SPD)**

Bayern unterstützt die Nationale Sicherheitsstrategie

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die von der Bundesregierung im Juni 2023 vorgelegte Nationale Sicherheitsstrategie.

Der Landtag stellt fest, dass Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine die europäische Sicherheitsordnung fundamental in Frage stellt. In der globalen Ordnung des 21. Jahrhunderts entstehen neue multipolare Machtzentren. Autoritäre Staaten versuchen, die bestehende internationale Ordnung in systemischer Rivalität zu ihren Gunsten zu verändern.

Der Landtag begrüßt die Zielsetzung von Bundeskanzler Olaf Scholz zur Zeitenwende, die Bundeswehr zu stärken, damit sie ihren Kernauftrag erfüllen kann, unser Land und unsere Bündnispartner gegen Angriffe von außen zu verteidigen.

Der Landtag begrüßt, dass die Bundesregierung die Investitionen in den Schutz Kritischer Infrastrukturen, Cyberfähigkeit, in Diplomatie, Bevölkerungsschutz, die Stabilisierung unserer Partner sowie eine aktive Entwicklungszusammenarbeit stärken wird.

Der Landtag begrüßt, dass es der Bundesregierung in nur wenigen Monaten gelungen ist, die Bundesrepublik und damit auch den Freistaat aus der Abhängigkeit von russischer Energie zu befreien und Alternativen zu schaffen. Deutschland ist gut durch den Winter gekommen und wird auch künftig ein energiesicheres Land sein.

Begründung:

Deutschland trägt als Land im Herzen Europas besondere Verantwortung für Frieden, Sicherheit, Wohlstand und Nachhaltigkeit.

Die Bundesregierung beschreibt in einer erstmals vorgelegten Nationalen Sicherheitsstrategie die Außen- und Sicherheitspolitik unseres Landes in einer freien internationalen Ordnung auf Grundlage des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen. In einer sich verändernden Welt verstärkt die Bundesrepublik ihre Anstrengungen, dass Deutschlands Wehrhaftigkeit gestärkt, unsere Lebensgrundlagen gesichert und unsere Werte verteidigt werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 22.06.2023 **Drucksache** 18/**29576**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Margit Wild, Ruth Waldmann, Diana Stachowitz, Stefan Schuster, Florian Ritter, Doris Rauscher, Natascha Kohnen, Annette Karl, Alexandra Hiersemann, Volkmar Halbleib, Harald Güller, Christian Flisek, Martina Fehlner, Inge Aures, Horst Arnold, Klaus Adelt** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/**29570**

Bayern unterstützt die Nationale Sicherheitsstrategie

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback
Abg. Markus Rinderspacher
Abg. Johannes Hintersberger
Abg. Florian Siekmann
Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Wolfgang Hauber
Abg. Ralf Stadler
Abg. Helmut Markwort
Staatsminister Dr. Florian Herrmann

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 17** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)
Für eine echte Nationale Sicherheitsstrategie, die mehr Sicherheit für Deutschland und Bayern bringt (Drs. 18/29505)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr u. a. und Fraktion (SPD)
Bayern unterstützt die Nationale Sicherheitsstrategie (Drs. 18/29570)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CSU, Herrn Prof. Dr. Winfried Bausback, das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter Bausback, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Sicherheit ist für uns alle elementar und, Kolleginnen und Kollegen, zu wichtig, als dass das Flickwerk, das die Ampel "Nationale Sicherheitsstrategie" nennt, genügen würde. Mit dieser Meinung, Kolleginnen und Kollegen, stehen die Koalitionsfraktionen hier im Hohen Haus nicht allein. Der Hamburger Innensenator Andy Grote nannte das vorgelegte Konzept eher eine Sicherheitsbroschüre als eine fundierte Strategie. Richtig stellte Grote fest, dass sich innere und äußere Sicherheit heute gar nicht mehr getrennt voneinander denken ließen. Ihr Parteifreund, verehrter Herr Kollege Rinderspacher, wird vom NDR weiter wie folgt zitiert: "Aufgrund der Nichtbeteiligung der Bundesländer entfaltet die Strategie im Inneren Deutschlands keine Wirkung und hat für die Innere Sicherheit keinen erkennbaren praktischen Nutzen" – Ihr Parteifreund, der Innensenator von Hamburg.

Die Kolleginnen und Kollegen der CDU, der FDP, der GRÜNEN und der SPD waren sich in ihren Programmen zur Bundestagswahl einig – lange vor der Zeitenwende –, dass es eine Nationale Sicherheitsstrategie braucht. Die Ampelkoalition in Berlin ignoriert aber die Chance, die dieser Konsens bietet, obwohl jeder einigermaßen klar denkende Mensch weiß: Innere und äußere Sicherheit können angesichts einer hybriden Bedrohungslage, angesichts der Sicherheitsbedrohungen im Cyberspace, des russischen Imperialismus und des russischen Agierens nur noch gemeinsam gedacht werden. Trotz alledem agieren Bundeskanzler, feministische Außenministerin und Ampelkoalition an den Ländern vorbei. Sie beschreiben ohne Ideen und ohne Lösungsansätze in einem Papier den Status quo und bleiben im Vagen und im Ungefähren.

Kolleginnen und Kollegen, das ist dem Thema Sicherheit in Deutschland nicht angemessen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Die Koalition hier im Haus möchte, dass nicht nur die vielen Herausforderungen für die nationale Sicherheit aufgezählt werden, sondern auch konkrete Ansatzpunkte, Handlungsweisen, Konzepte und Strategien aufgezeigt werden. Wir wollen, dass äußere und innere Sicherheit stärker zusammengedacht und dabei die Länder als maßgebliche Player in ihren originären Kompetenzfeldern beteiligt werden. Wir wollen, dass ein Nationaler Sicherheitsrat im Bundeskanzleramt eingerichtet wird, der die deutsche Sicherheitspolitik ressortübergreifend und unter Einbindung der Länder als wichtige Träger von innerer Sicherheit koordiniert. Wir wollen, dass auf der Bundesebene endlich konkrete Beiträge zur Umsetzung der beabsichtigten Zeitenwende auch in der Verteidigungspolitik geleistet werden. Wir wollen, dass ein klarer sicherheitspolitischer Kurs gezeichnet wird, der den Interessen und den Sicherheitsinteressen Deutschlands genügt.

Kolleginnen und Kollegen, das ist wirklich wichtig für uns alle. Wir brauchen nur ein paar Schritte weiter in den Akademiesaal zu gehen. Da sehen Sie in dem schönen Fresko Wilhelm von Humboldt in der Mitte von großen Denkern des 19. Jahrhunderts stehen. Von ihm stammt der Satz: "[…]; denn ohne Sicherheit ist keine Freiheit."

Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen eine echte Nationale Sicherheitsstrategie, die diesen Namen verdient und nicht den Murks – und anders kann man das nicht nennen –, den die Ampelkoalition in Berlin hier aufgesetzt hat.

Kolleginnen und Kollegen von der SPD, dass wir diesen Murks begrüßen, wie Sie es in Ihrem Dringlichkeitsantrag wollen, das kann uns keiner empfehlen und das können wir niemandem empfehlen. Bitte stimmen Sie unserem Dringlichkeitsantrag zu und lehnen Sie den der SPD ab. Mir leuchtet überhaupt nicht ein, dass man als bayerischer Landtagsabgeordneter das begrüßt, was die Ampelkoalition hier zum Thema Sicherheit in Berlin veranstaltet hat, obwohl maßgebliche Kompetenzen dieses Feldes in der Verantwortung der Länder liegen. Sie hätten besser keinen nachgezogenen Dringlichkeitsantrag gestellt als einen solchen.

(Beifall bei der CSU sowie des Abgeordneten Johann Häusler (FREIE WÄHLER))

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Prof. Bausback. – Dann darf ich den nächsten Redner aufrufen. Das ist der Kollege Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion. Bitte schön.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Die SPD-Fraktion bedankt sich bei der Christlich-Sozialen Union für den Dringlichkeitsantrag, um hier und heute die Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesrepublik Deutschland zu diskutieren.

(Tobias Reiß (CSU): Es gibt aber keine!)

Das ist auch für uns in Bayern wichtig; denn es ist ein einmaliger und historischer Vorgang. Zum ersten Mal seit Bestehen der Bundesrepublik legt eine Regierung in schriftlicher Form eine Nationale Sicherheitsstrategie vor. Das Papier hat 74 Seiten.

(Tobias Reiß (CSU): Broschüre!)

Das war nicht bei Adenauer so, nicht zu Zeiten des Kalten Krieges, nicht im Zusammenhang mit dem Fall des Eisernen Vorhangs,

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Die hatten eine, anders als heute!)

nicht zur Wiedervereinigung unseres Landes. Die Nationale Sicherheitsstrategie umfasst zentrale Eckpunkte, die nötig sind, damit Deutschlands Wehrhaftigkeit gestärkt, unsere Lebensgrundlagen gesichert und unsere Werte verteidigt werden können.

(Tobias Reiß (CSU): Schön wär's!)

Es geht darum, die Freiheit zu sichern, das Recht und die Demokratie zu schützen, es geht um Resilienz und Stabilität. Mit der Nationalen Sicherheitsstrategie beschreibt die Bundesregierung von Olaf Scholz die Grundzüge dessen, was aus der Zeitenwende resultiert: Rückschlüsse und Herausforderungen, Notwendigkeiten und Perspektiven. Jeder und jede kann die Strategie lesen und nachvollziehen. Die Sicherheitsorgane und Behörden der Bundesrepublik, die Parlamente, die Regierungen der Länder, die systemischen Rivalen auf der internationalen Ebene können die nationalen Interessen Deutschlands in einem 74 Seiten starken Papier schwarz auf weiß nachlesen. So erhalten Russland und auch China klare Ansagen. Natürlich können sich auch unsere Bündnispartner versichern, dass wir fest an ihrer Seite stehen.

Meine Damen und Herren, das schafft Berechenbarkeit,

(Beifall des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

das schafft Verlässlichkeit. "Denn was man schwarz auf weiß besitzt, / Kann man getrost nach Hause tragen." So heißt es bereits in Goethes Faust.

Unsere nationalen Interessen, unsere roten Linien der Bundesrepublik, Werte und Ziele werden nicht in Geheimnisse oder tagesaktuellen Regierungspragmatismus verklausuliert, je nach Tageslaune oder Gusto von Bundeskanzler oder Außenministerin. Sie werden offengelegt, transparent gemacht und mit Leitlinien verbunden, auch gegenüber den Parlamenten, die eingeladen sind, die Nationale Sicherheitsstrategie fortzuentwickeln. Ich bedanke mich, dass die CSU in der Opposition mit ihrem Antrag der Einladung unserer Regierung dahin gehend gefolgt ist, die Debatte zu führen. Diese Debatte ist notwendig; denn Strategien sind niemals in Stein gemeißelt. Sie müssen mit der Zeit gehen – etwas, was in den Jahren vor dem 24. Februar 2022 leider so nicht berücksichtigt wurde.

Meine Damen und Herren, in unserem nachgezogenen Antrag skizzieren wir einige Grundzüge, um die es geht. Der Begriff der Sicherheit ist über die NATO, die EU und die Bundeswehr hinaus zu denken. So fließt der Strom in Deutschland jeden Tag zuverlässig. So werden die Bürgerinnen und Bürger, unsere Industrie, der Mittelstand mit Energie versorgt. So kommen wichtige Rohstoffe bei uns an. Bevölkerungs- und Katastrophenschutz werden größer geschrieben als in der Vergangenheit und künftig mit mehr Geld unterlegt. Die Grundidee der Strategie ist es, erstmals alle inneren und äußeren Gefahren für die Sicherheit Deutschlands in der Gesamtschau zu sehen. Dazu gehören also neben der militärischen Bedrohung auch Cyberattacken und mögliche Anschläge auf kritische Infrastrukturen. Wir brauchen eine Politik der Integrierten Sicherheit.

Herr Kollege Prof. Bausback, im Übrigen hat die "FAZ" die gesamtgesellschaftliche Mobilmachung der Strategie gelobt.

Meine Damen und Herren von der Opposition, wir finden: Bayern tut gut daran, diese Strategie unserer Regierung zu unterstützen. Ich bitte Sie um Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter Rinderspacher, ich bitte, am Rednerpult zu bleiben. – Es gibt eine Zwischenbemerkung

(Markus Rinderspacher (SPD): Eine kleine Regierungserklärung!)

des Kollegen Johannes Hintersberger. Herr Kollege Hintersberger, bitte schön.

Johannes Hintersberger (CSU): Lieber Kollege Rinderspacher, eine Nationale Sicherheitsstrategie auf 74 Seiten hört sich in der Tat historisch an. Der erste Satz des Bundeskanzlers an die Leser und Leserinnen dieser Sicherheitsstrategie geht auch gut an, nämlich wie der Kollege Prof. Bausback den Staatsmann Wilhelm von Humboldt zitiert hat: "[…] ohne Sicherheit ist keine Freiheit." Aber dann fehlen in dieser Sicherheit sowohl inhaltlich wichtige Aspekte – ich sage es gleich – als auch die konkrete Umsetzung der Wehrhaftigkeit in die Wehrfähigkeit. Denn sonst ist eine solche Strategie ganz schnell nur ein Papiertiger. Dann verspielt man eher Vertrauen, als dass dieses, von Ihnen zu Recht angemahnte oder als Impuls festgelegte Vertrauen gefördert wird. Vollkommen fehlt der Aspekt einer souveränen wehrtechnischen Industrie und damit natürlich auch die Autonomie der Streitkräfte für den Einsatz und für die Handlungsfähigkeit.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege, herzlichen Dank, leider muss ich Sie auf die Redezeit aufmerksam machen. – Herr Rinderspacher, bitte schön.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Kollege, dass die Nationale Sicherheitsstrategie notwendig geworden ist, liegt auf der Hand; denn sie ist nicht selbstverständlich. Der Konsens, den wir in Sachen Bekenntnis zur NATO, zur Europäischen Union haben, ist im Deutschen Bundestag nur unter den Parteien gegeben, die schon länger dabei sind. Die eine Partei will aus der Europäischen Union aussteigen, die andere Partei auf der ganz anderen Seite links möchte aus der NATO raus. Deshalb ist es durchaus sinnvoll, wenn man deutlich macht: Wo sind unsere grundsätzlichen Eckpunkte? – Es ist eingefordert worden, dass daran auch die Bundesländer hätten mitarbeiten sollen; ich frage mich aber ganz im Ernst, ob mit Blick auf eine neue China-Strategie oder un-

sere künftige Zusammenarbeit oder im Hinblick auf die Rivalität zu Russland tatsächlich 16 Regierungen der Länder inkludiert werden müssen.Jetzt müssen – hier liegen wir gar nicht auseinander – die Subsysteme dieser Strategie mit entsprechenden Maßnahmen unterlegt werden, und in der Innenministerkonferenz muss selbstverständlich darüber gesprochen werden, wie der Katastrophenschutz zwischen Bund und Ländern gut koordiniert werden kann. All das muss jetzt geschehen. Aber dies in weiteren 74 oder 174 Seiten noch einmal in Spiegelstrichen aufzuführen, das macht kein Strategiepapier der Welt, auch keines der CSU. Es geht um die Eckwerte, die hier definiert wurden.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ihre Redezeit!

Markus Rinderspacher (SPD): Diese sind wichtig. Wenn wir darüber prinzipiell einen Konsens haben, sind wir schon relativ weit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Damit komme ich zum nächsten Redner, Herrn Abgeordneten Florian Siekmann von der Fraktion der GRÜNEN. Bitte schön, Herr Kollege Siekmann, Sie haben das Wort.

Florian Siekmann (GRÜNE): Okay, ich hoffe, die Uhr erscheint noch, aber die Technik arbeitet sicherlich daran. – Kolleginnen und Kollegen, es ist historisch, dass es jetzt zum ersten Mal eine Nationale Sicherheitsstrategie gibt, die nicht erst durch den Krieg initiiert worden ist wie so vieles, sondern ein elementarer Bestandteil des Koalitionsvertrages der Bundesregierung war. Es entbehrt nicht einer gewissen Komik, wenn es im ersten Satz der Begründung des Antrags der CSU und der FREIEN WÄHLER heißt: Am 14. Juni wurde eine Sicherheitsstrategie vorgelegt, – Zitat – "wie sie in vielen anderen Staaten bereits seit vielen Jahren ein selbstverständliches Instrument zur konzeptionellen Weiterentwicklung und Koordination von Sicherheitspolitik ist."

Kolleginnen und Kollegen, Unionsverteidigungsminister und Unionsinnenminister – der letzte hieß, glaube ich, Seehofer – hatten Jahre Zeit, um eine solche Sicherheitsstrategie vorzulegen. Es ist nicht passiert! Die Kritik, die jetzt an der Sicherheitsstrategie geäußert wird, ist in Teilen kleinkariert; denn die Sicherheitsstrategie prägt den Begriff der Integrierten Sicherheit, um auf unterschiedlichste Bedrohungslagen reagieren zu können. Diese sind nicht nur militärisch geprägt, sondern genauso auch terroristisch, extremistisch, digital durch Cyberangriffe und kriminell durch organisierte Strukturen sowie illegale Finanzflüsse.

Ich möchte hier nur auf ein paar sehr konkrete Punkte eingehen, zum Beispiel den der Wehrhaftigkeit. Die Sicherheitsstrategie stellt klar eine gute Finanzierung der Bundeswehr in den Mittelpunkt, unter anderem mit dem Sondervermögen von 100 Milliarden Euro. Sie bekennt sich zur NATO. Deutschland übernimmt in diesem Jahr unter einem SPD-Verteidigungsminister und einer GRÜNEN-Außenministerin die Führung der "Very High Readiness Joint Task Force", also der Speerspitze der schnellen Eingreiftruppe der NATO. Deutschland übernimmt internationale Verantwortung. Im Antrag heißt es, man soll nicht am Spielfeldrand stehen. Genau das tut Deutschland unter dieser Regierung nicht. Wir streben wieder einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an. Wir bekennen uns zum Programm der G7 für globale Partnerschaften und Investitionen in Infrastruktur und in andere Staaten, damit wir China nicht einfach weiter das globale Feld überlassen.

Natürlich – es ist angesprochen worden – geht es bei der Integrierten Sicherheit auch um die Integration der Bundesländer und der Kommunen. Sie haben wichtige Kompetenzen, zum Beispiel im Bereich des Katastrophenschutzes. Auch hier wird die Sicherheitsstrategie sehr konkret. Es wird aufgerufen, dass die länder- und ressortübergreifende Krisenmanagementübung nicht nur einfach weiter durchgeführt werden, sondern an die tatsächlichen Sicherheitsbedürfnisse der Bundesrepublik angepasst werden soll. Im Bereich Chemie, Biologie, Radiologie und nukleare Gefahren soll ein

neues Konzept etabliert werden und sollen neue Übungsformen eingeführt werden, um Deutschland wehrhafter zu machen.

Hier muss sich Bayern auch einmal an die eigene Nase fassen: Ich habe gesagt, hier haben wir Zuständigkeiten. Kurz nach dem Ahr-Hochwasser hat die Regierung geäußert, man gehe davon aus, wenn es darum geht, die Bevölkerung zu warnen, hätten wir circa 12.000 bis 14.000 Sirenen, die einsatzbereit sind. Man hat dann ermittelt – wir haben eine Schriftliche Anfrage gestellt –, man hat sich um 2.500 bis 4.500 verschätzt. Es sind nur 9.643! Eine flächendeckende Warnung der Bevölkerung können wir als Bundesland gerade nicht sicherstellen. Dafür sind wir aber verantwortlich. Das muss sich ändern. Hier muss auch Bayern bereit sein, Geld zu investieren. Der Bund hat 88 Millionen Euro investiert. Ich finde, 250.000 Euro im aktuellen Haushalt, das reicht gerade einmal für zehn Sirenen auf der Ebene des Freistaats. Das ist zu wenig; denn zu einer echten Sicherheitsstrategie und dem Willen der Länder, sich daran zu beteiligen, gehört auch, finanziell Verantwortung dafür zu übernehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist angesprochen worden: Die Sicherheitsstrategie widmet sich genauso der Frage der Versorgung mit kritischen Rohstoffen. Es geht aber auch um den weiteren Begriff – dieser ist vielleicht für viele Sicherheitsstrategien neu – der Nachhaltigkeit; denn die "beste" Bedrohung für die Sicherheit ist die, die man gar nicht erst aufkommen lässt. Wir erleben leider gerade, dass immer größere Teile der Welt unbewohnbar werden, sei es durch Verschmutzung, Desertifikation, Hunger, Hitze und Klimakatastrophe. All das sind potenzielle Sicherheitsrisiken. Diese erst gar nicht aufkommen zu lassen, sondern darin zu investieren, solche Krisen einzudämmen und zu vermeiden, das ist wirklich eine Investition in unsere künftige Sicherheit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zur Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich Herrn Abgeordneten Winfried Bausback, CSU-Fraktion, das Wort.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Kollege Siekmann, wenn man im Internet zum Beispiel im Oxford-Wörterbuch nachschlägt, bedeutet Strategie – Zitat – einen genauen Plan für ein Verhalten, der dazu dient, ein politisches, militärisches oder psychologisches Ziel zu erreichen, indem man alle Faktoren von vornherein einzukalkulieren versucht. Wo sind denn die konkreten Schritte, und wo ist das konkrete Verhalten, das in diesem Papier beschrieben wird, das zu dem Ziel der Sicherheit, das wir alle haben, führen wird, außer den allgemeinen politischen Maßnahmen, die jetzt vorgetragen wurden, die aber zum großen Teil ohnehin schon auf dem Weg sind? Was ist die konkrete Strategie? Was sind die Verhaltensschritte, die man vorhat?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege.

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Kollege, ich tue mir ein bisschen schwer. Ich frage mich, ob Sie gerade genau zugehört haben. Ich meine, natürlich wird diese Sicherheitsstrategie wie jedes Regierungsdokument durch salbungsvolle Worte eingeleitet. Das kennen wir hier im Freistaat zur Genüge. Aber in jedem einzelnen Kapitel zur Wehrhaftigkeit, zur Resilienz und zur Nachhaltigkeit werden dezidiert einzelne Maßnahmen aufgeführt. Wenn ich jetzt in der Zuständigkeit der Länder bleibe – dies betrifft uns am meisten –, geht es tatsächlich um die Auflistung und Etablierung neuer Übungen, zum Beispiel zur Abwehr chemischer, biologischer, radiologischer und nuklearer Gefahren. Es geht um die Weiterentwicklung bestehender Übungskonzepte. Natürlich werden die Bundesländer darin auch noch eingebunden werden. Es geht zum Beispiel im digitalen Bereich und bei Cyberangriffen darum, dass alle Unternehmen, die digitale kritische Infrastruktur betreiben, an das Lagezentrum des BSI angebunden werden, um frühzeitig eine Zusammenarbeit mit den staatlichen Ebenen zu erreichen. Es geht auch darum, dass im Bereich der Cyberabwehr zum Beispiel die Kapazitäten der Bundeswehr deutlich ausgebaut werden. Letzter Satz:

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, Sie haben nur eine Minute!

Florian Siekmann (GRÜNE): Dass darin nicht alle Geheimnisse für die Krise stehen, ist, glaube ich, auch selbstverständlich. Die Erkenntnisse unserer Geheimdienste schreiben wir nicht alle in eine Sicherheitsstrategie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herr Kollege Wolfgang Hauber. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist die wichtigste Aufgabe eines jeden Staates und einer jeden Gesellschaft, für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit, keine Stabilität und keinen Wohlstand. – So leitet der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Olaf Scholz, sein Vorwort für die Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesrepublik Deutschland ein.

(Beifall des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Der Zeitpunkt für die Veröffentlichung der Sicherheitsstrategie hätte nicht besser gewählt werden können, nach dem Krieg gegen Terror, nach der Migrationskrise, nach Corona, nach dem Kriegsbeginn in der Ukraine und nach der Energiekrise. Wir haben gesehen, wie verletzlich unsere Lebensweise ist und wie abhängig die Länder der Welt voneinander sind. Wir mussten erfahren, dass unser Wohlstand und unser Frieden nicht selbstverständlich sind, sondern Schutz und harte Arbeit brauchen. Ich denke, hier sind wir uns alle einig.

Doch wie kann man unsere Werte und unsere Lebensweise schützen? Wie soll man die Gratwanderung zwischen maximaler bürgerlicher Freiheit und maximalem Sicherheitsstandard meistern? – Für mich als Mitglied der Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER ist klar, dass unsere Freiheitsgrundrechte die Basis unserer Staatsord-

nung sind. An ihnen muss sich jeder staatliche Eingriff messen lassen. Wir stehen für eine angemessene Balance zwischen bürgerlicher Freiheit und innerer Sicherheit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Nationale Sicherheitsstrategie, die die Bundesregierung am 14. Juni 2023 vorgestellt hat, stellt den ersten Schritt in die richtige Richtung dar. Hierfür möchte ich ausdrücklich auch einmal einen Dank nach Berlin schicken; denn es ist etwas gelungen, was in den Legislaturperioden zuvor nicht geschafft wurde. Allerdings ist die Strategie auch nur ein erster Schritt.Sie bleibt in vielen Bereichen auf halber Strecke stehen. Wir brauchen konkretere, realistische Maßnahmen statt unerreichbarer und abstrakter Zielbekundungen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die formulierten hehren Ziele müssen ausgeformt und umgesetzt werden. Unsere Bevölkerung braucht mehr als bloße Lippenbekenntnisse, um weiterhin in Sicherheit leben zu können. So klingen Sätze wie "Unsere Instrumente der Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung richten wir an kohärenten und realistischen Zielen aus." zwar gut, aber es bleibt offen, welche Ziele verfolgt werden, von Maßnahmen ganz zu schweigen.

Wir erwarten hier vom Bund, dass er die rechtlichen Grenzen klar absteckt und in Zusammenarbeit mit den Bundesländern tragfähige Konzepte erarbeitet; denn uns ist klar, dass auch die Länder einen erheblichen Anteil an der Sicherheit der Bevölkerung tragen. Daher fordern wir zusammen mit unserem Koalitionspartner eine tragfähige Ausarbeitung dieses ersten Entwurfs einer Sicherheitsstrategie. – Wir werden dem Antrag zustimmen. Ich darf Sie einladen, es im Interesse unserer Bevölkerung ebenso zu tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt die Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich dem Vizepräsidenten Markus Rinderspacher das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): Vielen Dank, Herr Kollege Hauber. Ich möchte mich ausdrücklich für Ihren sehr differenzierten – wie ich finde –, sehr guten Wortbeitrag bedanken. Sie haben sämtliche Perspektiven, die zu diskutieren sind, beleuchtet.

Ich kann Ihnen seitens der deutschen Bundesregierung zusichern, dass selbstverständlich die Länder – das hat der Bundeskanzler in seiner Pressekonferenz auch gegenüber dem Deutschen Bundestag so formuliert – mit inkludiert werden. Schon jetzt wissen wir ja, was wir in Bayern zu tun haben. Es ist ja nicht so, dass der Herr Staatskanzleiminister, der ganz interessiert in meine Richtung blickt, von jetzt auf gleich wissen muss, was er in Bayern im Zusammenhang mit öffentlicher Sicherheit zu tun hat, also Stromleitungen ausbauen, Energiesicherheit durch Ausbau erneuerbarer Energien herstellen, die Polizei gut ausstatten, den Berg von über zwei Millionen Überstunden bei unseren bayerischen Polizistinnen und Polizisten abbauen.

Das heißt, vielen Dank für Ihren Wortbeitrag. Ich bin mir sicher, dass wir in diesem Geiste, den Sie hier pflegen, gut miteinander vorankommen werden.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Hauber.

Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER): Vielen Dank für dieses Lob. Ich muss aber natürlich auch Kritik üben, weil die Länder bisher nicht eingebunden wurden. Innere Sicherheit ist in erster Linie ein Thema der Bundesländer; denn die innere Sicherheit ist uns, den Ländern, einfach verfassungsgemäß zugewiesen. Bei so einer Sicherheitsstrategie im ersten Aufschlag die Länder außen vor zu lassen und überhaupt nicht in die Diskussion einzubeziehen, ist aus meiner Sicht ein Fehler gewesen. Wenn Sie

sagen, das wird nachgeholt, dann sind wir da auf dem richtigen Weg und werden zu einem guten Ergebnis kommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Ralf Stadler. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete! Der Bayerische Landtag ist wohl nicht der richtige Ort, um über eine Verteidigungspolitik des Bundes innerhalb der NATO zu reden. Allerdings ist die Abwehr von Gefahren grundsätzlich Aufgabe der Länder. Reden wir lieber mal von der inneren Sicherheit, und dafür sind Sie in Bayern zuständig.

Die Polizei und die Rettungsbehörden in Bayern leisten mit ihrer Arbeit einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit der Bürger. Ihre Bemühungen werden allerdings dort gefährdet, wo die kriminellen Handlungen überwiegend von illegalen Migranten überhandnehmen. Zum Beispiel wird derzeit in ganz Deutschland beklagt, dass Frauen und Familien sich in Freibädern nicht mehr sicher fühlen und diese daher meiden. Früher brauchte man zum Besuch eines Freibads eine Badehaube und eine Schwimmweste. Heute braucht man eher einen Helm, eine stichsichere Weste und Schwimmflügel. Wir schaffen auf diese Weise No-go-Areas

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

und überlassen diese öffentlichen Einrichtungen einem gewalttätigen Mob. Wollen Sie Zustände wie in Neukölln oder erst kürzlich im Ruhrgebiet, wo ausländische Familienclans mit Gewalt aufeinander losgehen? Da stellt sich schon die Frage: Wer ist denn dafür verantwortlich, dass diese gewaltbereiten Männer seit Jahren und Jahrzehnten

aus allen "Shitholes" dieser Welt nach Deutschland gelassen und auf die friedliche eigene Bevölkerung losgelassen werden?

Ihre Nationale Sicherheitsstrategie kommt jetzt zu spät, weil Sie jahrelang unsere nationalen Grenzen nicht vor unkontrollierter Zuwanderung geschützt haben. Sie wollen alles und jedes retten: das Klima, die Natur, die Umwelt, die Ukraine, ja, die ganze Welt. Wir sagen Ihnen: Retten Sie erst einmal die eigene Bevölkerung vor Messerstechern, Vergewaltigern, Clankriminellen und islamistischen Terroristen

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

und, nicht zu vergessen, vor der Maskenmafia hier im Landtag. Herr Ministerpräsident Söder, nehmen Sie sich diese Worte mal zu Herzen und machen Sie was daraus. Meiden Sie Demos, auf denen Sie sich zum Nebendarsteller von Aiwanger und der Gruberin machen; sonst gehen uns bald die Mitgliederanträge aus.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion der Kollege Helmut Markwort. Bitte, Sie haben das Wort.

Helmut Markwort (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst eine kleine stilistische Anmerkung zum Antrag der CSU. Da schreiben Sie, dieser sei gültig "für Deutschland und Bayern". Ich inkludiere ja Bayern sowieso in Deutschland und Sie auch. Deswegen wäre es mir lieber gewesen, es hätte geheißen "für Bayern und Deutschland".

Ansonsten rennt dieser Antrag bei der FDP offene Türen ein. Hier ist mehrfach von der Ampel gesprochen worden. Ich spreche nicht für die Ampel, ich spreche für die Freien Demokraten. Wir haben im Bund schon mehrfach den Nationalen Sicherheitsrat beantragt und konnten uns nicht durchsetzen. Wir werden das weiter tun, weil ein Nationaler Sicherheitsrat die umfassenden Aufgaben am besten bewältigen kann. Er strafft die Abläufe, er verbessert den Austausch, und er stärkt die Außenpolitik.

Wir werden also in Berlin weiter auf die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrates dringen; denn es geht nicht nur um die Sicherung von Frieden, Freiheit und unserem wirtschaftlichen Wohlstand. Sicherheit ist in allen Bereichen notwendig. Das geht bis in die Apotheke, in der ich verlässlich ein lebensnotwendiges Medikament kaufen kann. Sicherheit schützt mich beim Chatten davor, dass chinesische Spione mich abhören. Das können wir nicht wollen, und wir wissen genau, welche Bedrohungen da bestehen.

Die CSU moniert zu Recht, dass die Länder nicht einbezogen worden sind. Wir unterstützen das. Die Bundesinnenministerkonferenz müsste unbedingt beteiligt werden, weil das eine große nationale, gesamtdeutsche Aufgabe ist. – Insofern werden wir diesen Antrag und auch die Verbesserungen, die Sie vorschlagen, unterstützen.

(Beifall bei der FDP, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Für die Staatsregierung spricht jetzt Herr Staatsminister Dr. Florian Herrmann. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesregierung hat nach monatelanger Verzögerung – wir erinnern uns: eigentlich sollte die Nationale Sicherheitsstrategie ja schon zur MSC in diesem Jahr vorgelegt werden – erstmals eine ressortübergreifende Nationale Sicherheitsstrategie für Deutschland beschlossen. Sicherlich ist daran einiges zu begrüßen, zum einen, dass es sie überhaupt gibt, zum anderen, dass der Sicherheitsbegriff in dem Papier weiter gefasst wird, als das bisher der Fall war, und vor allem Politikfelder einbezogen werden, die man bisher nicht darunter gefasst hatte, zum Beispiel Energie und Ernährung.

Aber – Sie werden sich nicht wundern, dass jetzt das große Aber kommt, lieber Herr Kollege Rinderspacher; denn wir haben nicht Ihre Brille und auch nicht die vom Herrn Siekmann auf, nämlich die rosarote Brille oder die "Wir finden kritiklos alles toll, was

die große Ampel macht"-Brille, sondern wir versuchen, uns dem Ganzen realistisch zu nähern. Aus der Sicht der Staatsregierung und aus der Sicht der Außen- und Sicherheitspolitik nicht nur der Bayerischen Staatsregierung muss man zu dem klaren Schluss kommen, dass es sich eben leider nicht um einen großen Wurf handelt. Die Nationale Sicherheitsstrategie ist in dieser Form eine vertane Chance in einer Zeit, in der eigentlich klares Handeln erforderlich wäre.

Ich will kurz auf die Kernpunkte eingehen. Zum einen enthält das Papier tatsächlich wenig Neues. Die einzelnen Handlungsfelder, die denjenigen, die sich mit Außen- und Sicherheitspolitik beschäftigen, eigentlich alle bekannt sind, werden natürlich aufgezählt, aber die Formulierungen bleiben dann relativ vage: Man müsste dies, man müsste jenes stärken usw. – Die ganz konkreten Handlungsstrategien fehlen.

Aus der föderalen Sicht – das wurde von den Kolleginnen und Kollegen auch schon kritisiert – ist das Papier äußerst ärgerlich; denn es gab eben keine Mitwirkung der Länder. Es gab keinen Diskurs über eine Strategie, keine Einbindung, keine auch nur ansatzweise Mitwirkung.Leider zieht sich so ein rot-grün-gelber Faden durch die Arbeitsweise der Ampel, nicht sehr föderalismusfreundlich zu sein, wenn in kürzester Zeit Dinge durch den Bundestag und vor allem durch den Bundesrat gejagt werden. Das gilt auch in anderen Zusammenhängen. Aber auch bei dieser ganz wichtigen Frage wurden die Länder nicht so eingebunden, wie sie es aus ihrem Selbstbewusstsein heraus erwarten würden oder wie es die föderale Ordnung vorsieht; denn wir alle wissen: Bei moderner Betrachtung von Sicherheit verschmelzen äußere und innere Sicherheit immer stärker oder überlagern sich jedenfalls, sodass natürlich auch die einschlägigen und eindeutig zuständigen Sicherheitsbehörden der Länder in die Strategien einbezogen werden müssen.

Darum verstehe ich auch nicht, warum diese Expertise, die allgemein, auch vom Bund, anerkannt ist, bei einem solch grundsätzlichen und grundlegenden Papier nicht einbezogen wird. Es ist völlig unverständlich, dass eine Nationale Sicherheitsstrategie ohne Einbindung der Länder und Kommunen vorgelegt wird, obwohl sie in vielen Be-

reichen – Stichwort Feuerwehren – zuständig sind. Die Länder haben das mehrfach nachdrücklich eingefordert. Die Bundesregierung hat trotzdem im Alleingang ein Papier vorgelegt, was äußerst bedauerlich ist.

Im Übrigen hat die Bundesregierung auch die Partner nicht einbezogen: Weder die EU- noch die NATO-Ebene wurde im Vorfeld gefragt; auch dort waren alle die ganze Zeit über sehr gespannt, was denn da jetzt wohl veröffentlicht wird. So gibt es nicht nur bei den Partnern, sondern auch in der Bundeswehr und übrigens auch in der Wissenschaft – auch alle Experten, die sich damit befassen, waren nicht eingebunden – eine große Enttäuschung darüber, dass es die Ampel trotz der dramatisch veränderten Sicherheitslage und trotz der Zusagen und Versprechen des Kanzlers leider nicht schafft, sich klar zu einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben und auch der Reformen in der Sicherheitsarchitektur zu bekennen.

Interessant ist, dass die Länder nach dem 11. September 2001 zusammen mit dem Bund schnell gehandelt und gemeinsame Strukturen geschaffen haben, zum Beispiel das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum in Berlin, GTAZ. Nach dem 24. Februar 2022 wurde mit den Ländern aber nicht einmal über diese Nationale Sicherheitsstrategie gesprochen. Das ist nicht verständlich und auch keine gute Basis für eine gemeinsame Umsetzung.

Ich will aber zum Kern und zum größten Manko des Papiers kommen. – Kollege Rinderspacher, das sind sicherlich nicht die Überstunden der bayerischen Polizei, die übrigens gerade im letzten Jahr vor allem dadurch zustande gekommen sind, dass ein G7-Gipfel auf Bitten des Bundeskanzlers in Bayern zu organisieren war, weil er ihn nirgends anders für möglich gehalten hatte, schon gar nicht in Hamburg oder bestimmten anderen Ländern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich arbeiten wir auch am Abbau der Überstunden der bayerischen Polizeibeamtinnen und -beamten, aber das ist wirklich nicht der Kern der Nationalen Sicherheits-

strategie. Der Kern ist, dass das Papier keinerlei Aussagen zur Finanzierung enthält. Das ist sozusagen wirklich der große Nachteil; denn dadurch kann das ganze Papier keinen Beitrag zur Verlässlichkeit leisten und keine vertrauensbildende Maßnahme im Krisenfall sein.

Sie haben Faust zitiert; ich kann ihn auch ein bisschen abgewandelt zitieren: Wie hältst du es mit dem 2-%-Ziel? – Es steht ein Bekenntnis drin, nämlich: "[…] werden wir im mehrjährigen Durchschnitt unseren 2%-BIP-Beitrag zu den NATO-Fähigkeitszielen erbringen." – Das ist so ähnlich, wie wenn man vor den Traualtar tritt und sagt: Ich werde dir treu sein, aber nur im mehrjährigen Durchschnitt.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

So ähnlich kommt es auch bei den Bündnispartnern an, weil es seit Jahren um diese Frage geht, ob wir in der Lage sind, unsere Bündnisverpflichtungen zu erfüllen.

Angesichts der völlig neuen Weltlage hinsichtlich der Ukraine stellt sich nicht nur die Frage, ob wir das Ziel halten, sondern die Frage ist, ob wir die Fähigkeiten liefern, die die Bundeswehr zum Bündnis beitragen muss. Es stellt sich also nicht die Frage nach Plus oder Minus, sondern wir müssen alles tun, um diese Bündnisfähigkeit herzustellen. Das ist der entscheidende Punkt. Darum ist es das Defizit des ganzen Konzepts, wonach der Wehretat erst dann erhöht wird, wenn das Sondervermögen aufgebraucht ist.

Das Sondervermögen soll aber eigentlich eine Sonderfinanzierung für das Aufholen der Lücken sein, die beim Heer über die letzten Jahre hinweg entstanden sind. Somit kann das nicht mit dem normalen Wehretat vermischt werden, der natürlich bei gestiegenen Anforderungen und einem höheren Anforderungsprofil auch ansteigen müsste. In der Gesamtheit sehen wir in der mittelfristigen Finanzplanung, dass der Bundeswehretat insgesamt abschmilzt. Hier zeigt sich eben genau dieses entscheidende Defizit. Das ist der Kern dieser ganzen Strategie.

Wenn man an der Stelle diese zentrale Aussage, dass man das 2-%-Ziel einhalten, den Wehretat erhöhen und sicherstellen will und dass man alle Fähigkeiten auch liefern kann, nicht trifft, dann entwertet das leider die ganze Strategie, so schön viele Sachen vielleicht auch formuliert sind. Auf diesen Kern kommt es an, und an dieser Stelle spüren wir nichts von Zeitenwende. Die Diskrepanz zwischen den Worten des Kanzlers und dem, was in diesem Papier steht, ist also zu groß, als dass man es loben könnte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Errichtung eines Nationalen Sicherheitsrates ist eine langjährige Forderung des Freistaates. Es spricht Bände, dass er nicht gewählt wurde. Mich wundert es deshalb, weil die Kolleginnen und Kollegen der linken Seite des politischen Spektrums normalerweise immer dafür sind, zusätzliche Gremien zu schaffen. In allen Kontexten sollen ständig neue Gremien geschaffen werden, wo alle möglichen Leute sitzen und sich beraten sollen.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Aber in dieser ganz zentralen Frage der inneren und äußeren Sicherheit der Bundesrepublik und der stärkeren Verzahnung und Vernetzung wehren Sie sich mit Händen und Füßen gegen ein solches Gremium. Mich wundert das, und ich kann es mir nicht erklären. Vielleicht gibt es Kompetenzstreitigkeiten innerhalb der Ampel, die wahrscheinlich auch der Grund dafür waren, dass die ganze Strategie erst jetzt vorgelegt werden konnte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb ist der Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion genau richtig. Er ist unterstützenswert, stellt genau die zentralen Punkte in die Mitte und macht deutlich: Deutschland muss die NATO-Verpflichtungen voll erfüllen und seiner Verantwortung für die europäische Sicherheit auch gerecht werden. Das ist auch unsere historische Verantwortung. Aber es ist auch Eigeninteresse, dass wir uns alle miteinander in Europa stärker um die eigene Sicherheit kümmern. Wir sehen, wie fra-

gil dieses System von Frieden und Freiheit ist und wie notwendig es ist, dass wir uns dafür einsetzen. Deshalb ist der Antrag gut, und ich werde ihm ebenfalls zustimmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Hierzu erteile ich dem Kollegen Markus Rinderspacher, das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): Vielen Dank, Herr Staatsminister Dr. Herrmann, für Ihren differenzierten Wortbeitrag. Sie haben kritisiert oder moniert, dass die Kommunen nicht beteiligt gewesen wären. Das ist eine sehr weitreichende Forderung. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Markt Garmisch-Partenkirchen, die Stadt Wanne-Eickel oder die Stadt Eisenhüttenstadt mit dem Bundeskanzler und der Außenministerin bei der Strategie über die zukünftige Zusammenarbeit oder die Nichtzusammenarbeit mit der Volksrepublik China oder der Russischen Föderation mitsprechen wollten.

(Johannes Hintersberger (CSU): Es geht um den deutschen Gemeindetag oder den deutschen Städtetag!)

Es gibt gute Gründe dafür, dass die Außenpolitik vom Bund betrieben wird. Es ist vor dem Hintergrund des Begriffs der Integrierten Sicherheit in ganz weiten Teilen ein überwiegend außenpolitisches Papier.

Meine Fragen an Sie zur Außenpolitik: Wie halten Sie es eigentlich mit der Volksrepublik China? Das ist nun wirklich ein Thema, das intensiv diskutiert wird, auch innerhalb der Union. Es gibt Unterschiede in den Positionen zwischen dem CDU-Parteichef und seinem außenpolitischen Sprecher. Gestern hat der Ministerpräsident Dr. Söder – –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, Sie haben eine Minute für die Zwischenbemerkung. – Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Vielen Dank, Herr Kollege Rinderspacher. Zum einen ist der Markt Garmisch-Partenkirchen immer dann gut, wenn es um den G7-Gipfel geht. Dann kann man auch mit dem Kanzleramt darüber sprechen; ansonsten offenbar nicht so. Aber Sie haben vorher schon verstanden, was ich meinte. Es geht nämlich um Folgendes: Wenn man eine umfassende Nationale Sicherheitsstrategie machen will, dann muss man die einbeziehen, die man im Hinblick auf Tragweite und Ausrichtung der ganzen Strategie als mögliche Beteiligte verstehen würde.

Wenn man dann gerade die Länder in erster Linie nicht einbezieht, dann ist das ein riesiges Defizit des ganzen Vorhabens. Dann ist das von vornherein ein Webfehler. Man kann ihn vielleicht noch beseitigen und ihn vielleicht in den nächsten Runden und Gesprächen einigermaßen glattziehen. Aber es geht auch darum, dass das schon ein Angriff auf die föderale Ordnung ist, wenn man in die Cyberabwehrfähigkeit und Ähnliches oder in die Kompetenzen der Länder eingreifen will. Das alles werden wir uns miteinander noch sehr genau anschauen müssen. Da baue ich auf die Unterstützung des gesamten Landtags, weil wir alle miteinander die bayerischen Interessen und die unserer Sicherheitsbehörden wahren wollen.

Natürlich ist China ein wichtiges Thema. Wir wissen alle, dass es einen Beziehungsstatus gibt, der – ich würde einmal sagen – lautet: Es ist kompliziert. So ist Außenpolitik häufig. Da gibt es kein Schwarz und kein Weiß. Es wäre auch richtig, sich mit einem Blick für die reale Lage dieser Beziehungen anzunähern. Auf der einen Seite ist China, wie man immer sagt, ein Systemrivale, ein Land, das Kapitalismus ohne Freiheit betreibt.In vielen Aspekten verfolgt dieses Land einen völlig anderen Ansatz als wir. Auf der anderen Seite ist es ein Land, das enorme eigene wirtschaftliche Interessen hat, für uns aber auch interessant ist. Es gibt enge wirtschaftliche Verflechtungen von deutschen Unternehmen, die dort investiert haben.

Ich glaube, das gemeinsame Ziel der Europäer zusammen mit den Amerikanern ist es, die Bereiche, in denen in den letzten Jahren starke Abhängigkeiten entstanden sind,

wieder stärker zu entflechten, sodass die Abhängigkeit geringer wird. Wir haben ja während Corona erlebt, was passiert, wenn es sehr einseitige Abhängigkeiten gibt. Ich glaube, von daher muss man sehr realistisch und auch im Bewusstsein, dass wir unterschiedliche Auffassungen zum Beispiel von Rechtsstaatlichkeit haben, den Dialog suchen, statt ihn zu verweigern. Ich glaube, das kann auch zu Fortschritten in den Beziehungen führen. Ich halte es für die Aufgabe der Staatsregierung, dies im Sinne der Menschen in Bayern und der Unternehmen in Bayern zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Ich gebe bekannt, dass zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/29505 namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Die Zeit bis zur namentlichen Abstimmung ist noch nicht abgelaufen, das heißt, wir werden diese namentliche Abstimmung später durchführen.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/29570 seine Zustimmung geben will, den bitte ich nun um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion sowie die FDP-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich ebenso anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD sowie die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach, Klingen und Plenk. – Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag hiermit abgelehnt.

(...)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: So, jetzt kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/29505. Ich rufe noch einmal in Erinnerung, das ist der Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion

betreffend "Für eine echte Nationale Sicherheitsstrategie, die mehr Sicherheit für Deutschland und Bayern bringt". Hier ist namentliche Abstimmung beantragt. Die wird mit Ihren Abstimmgeräten durchgeführt. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Ich eröffne die Abstimmung jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 16:24 bis 16:27 Uhr)

Danke, Frau Kollegin. – Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, gebe ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung von eben bekannt: Zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion betreffend "Für eine echte Nationale Sicherheitsstrategie, die mehr Sicherheit für Deutschland und Bayern bringt" auf Drucksache 18/29505 haben 95 Abgeordnete mit Ja gestimmt. Mit Nein haben 45 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: null. Damit ist der Antrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.06.2023 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion CSU; Für eine echte Nationale Sicherheitsstrategie, die mehr Sicherheit für Deutschland und Bayern bringt (Drucksache 18/29505)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Adjei Benjamin		X	
Aigner Ilse	X		
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge			
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried	X		
Bayerbach Markus	X		
Becher Johannes		X	
Becker Barbara	X		
Beißwenger Eric	X		
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal		X	
Brandl Alfons	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus		X	
Busch Michael			
Celina Kerstin			
Dr. **Cyron** Anne		X	
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren			
Dorow Alex			
Dremel Holger	X		
Dünkel Norbert	X		
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred	X		
Dr. **Eiling-Hütig** Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Enders Susann	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Enghuber Matthias	X		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. **Faltermeier** Hubert	X		
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander	X		
Flisek Christian			
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans	X		
Friedl Patrick		X	
Fuchs Barbara			
Füracker Albert			
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith			
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten	X		
Gotthardt Tobias	X		
Gottstein Eva			
Graupner Richard			
Grob Alfred	X		
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Häusler Johann	X		
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. **Hahn** Ingo			
Halbleib Volkmar		X	
Hartmann Ludwig		X	
Hauber Wolfgang	X		
Haubrich Christina		X	
Hayn Elmar			
Henkel Uli		X	
Herold Hans	X		
Dr. **Herrmann** Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold	X		
Dr. **Heubisch** Wolfgang	X		
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes	X		
Högl Petra			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael	X		
Hold Alexander	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. **Hopp** Gerhard	X		
Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Huml Melanie	X		
Jäckel Andreas	X		
Dr. **Kaltenhauser** Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander	X		
Körber Sebastian			
Kohler Jochen	X		
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Kurz Sanne			
Ländner Manfred	X		
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan		X	
Dr. **Loibl** Petra	X		
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer	X		
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd			
Markwort Helmut	X		
Dr. **Mehring** Fabian	X		
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin	X		
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin	X		
Monatzeder Hep		X	
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter	X		
Dr. **Oetzinger** Stephan	X		
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris			
Regitz Barbara	X		
Reiß Tobias	X		
Riedl Robert	X		
Dr. **Rieger** Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold	X		
Dr. **Runge** Martin		X	
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef	X		
Schmidt Gabi	X		
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten			
Schwamberger Anna		X	
Dr. **Schwartz** Harald	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sengl Gisela		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik	X		
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Stolz Anna			
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen	X		
Wagle Martin	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard			
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas		X	
Winter Georg	X		
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	95	45	0